



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33  
14. August 1950

P/V/187

## Hinweise auf den Inhalt:

Des Bolschewismus grösster Feind	S.1
Ein Ganossa der bürgerlichen Regierung in Finnland	S.3
Labours Verdienst - Warum die Kommunisten in England versagten	S.4
Berlin beobachtet die internationale Entwicklung	S.6

### Des Bolschewismus grösster Feind

H.P. Seit der Gründung der Komintern galt ihr schärfster Kampf der internationalen Sozialdemokratie. Das ist nicht verwunderlich, denn die Sozialdemokratie hat überzeugend bewiesen, dass man politische Macht und soziale Leistungen durch demokratische Methoden erreichen kann. Die Kommunisten mussten daher versuchen, mit allen erdenklichen Mitteln, das Prestige der Sozialdemokratie zu schwächen. Am Ende der Zwanziger Jahre wurde der Begriff des "Sozialfaschismus" geprägt, mit dem Grundton, jeder Sozialdemokrat sei ein Wegbereiter des Faschismus.

Nach dem Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland begann man plötzlich wieder um die Gunst der Sozialdemokraten zu werben. Moskau hatte die Bedrohung seines Regimes durch den Hitler-Konkurrenten erkannt, und der 7. Weltkongress der Komintern rief die sogenannte "Volksfrontpolitik" ins Leben. Plötzlich waren die Kommunisten bereit, sich mit sämtlichen "Handlangern des Kapitalismus" zu verbünden und gaben vor, ihre eigenen revolutionären Ziele verlassen zu haben. Es war die Zeit, da die Russen im westlichen Lager Verbündete gegen Hitlerdeutschland suchten. Freilich hielt sie das nicht davon ab, zum geeigneten Zeitpunkt mit dem verhassten Hitler-Regime selber einen Pakt zu schliessen.

Der Angriff der Nazis auf Sowjetrussland änderte wieder die Linie Moskaus. Wieder stand die "Einheit der Arbeiterklasse" im Mittelpunkt der Agitation und in den illegalen Zirkeln, in den Kz und Zuchthäusern des Nazi-Regimes entstand der Mythos dieser "Einheit". Dass die Kommunisten

sich nicht scheuten, selbst in den Kz ihre Mithäftlinge dem Tode auszuliefern, um ihre eigene Haut zu retten und ihre Machtpositionen dort zu behaupten, ist heute allgemein bekannt. Es war das Verdienst der neu erstandenen deutschen SPD, dass sie nach dem Krieg den "Einheits"-Verlockungen der Kommunisten widerstand. Die ostzonale Zwangsvereinigung 1946 hat dann bei der SPD jede Illusion zerstört. Dieselbe Erfahrung mussten alle Sozialdemokraten machen, die in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang teils freiwillig, teils gezwungen, ihre Parteien mit denen der Kommunisten vereinigten.

Heute haben die Kommunisten wieder einmal das Steuer herumgeworfen und führen ihren Hauptkampf gegen die internationale Sozialdemokratie. Die kommunistischen Regierungen der Satellitenstaaten verhaften laufend frühere Sozialdemokraten, ganz gleich, in welcher Stellung sie bisher dem Regime gedient haben. Erst kürzlich berichteten wir über die Prozesse gegen führende Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei. In den letzten drei Wochen hat die Säuberungsaktion in Ungarn begonnen. Der letzte nominell sozialdemokratische Minister, George Marosan, wurde zum Rücktritt gezwungen. Hunderte andere Sozialdemokraten werden verhaftet.

Dies alles geschieht im Kampf gegen die "rechten Sozialdemokraten", deren Einfluss die Kommunisten nicht zu brechen vermögen. Dort, wo der kommunistischen Partei kein Staatsapparat dienstbar ist, wird der Kampf in anderer Form vorbereitet. Nach einem Bombenattentat in Rom durchsuchte die Polizei sieben kommunistische Büros und fand dort einheitliche schwarze Listen mit Namen von Persönlichkeiten, die am Tage "X" liquidiert werden sollen. Auf der Liste standen ausschliesslich Sozialdemokraten, Ex-Kommunisten und einige Liberale. In Deutschland werden ähnliche Listen vorbereitet. Diese Vorbereitungen werden zur selben Zeit getroffen, da Kommunisten - als "Friedensfreunde" getarnt - sich in Westdeutschland ungehindert zwecks Zersetzung der Bundesrepublik zur fünften Kolonne zusammenschliessen können.

Die Parole des "Sozialfaschismus" hat heute einen anderen Platz gemacht. Heute werden alle Sozialdemokraten als "amerikanische Imperialisten" verleumdet. Diese Verleumdungen sind keine leeren Drohungen, sondern bittere Realität überall dort, wo die Kommunisten zur Macht gelangt sind. Die deutschen Sozialdemokraten werden sich <sup>freilich</sup> durch diese Drohungen eben so wenig einschüchtern lassen, wie sie auch nicht auf verheissungsvolle Versprechungen der Kommunisten hören werden.

Ein Canossa der bürgerlichen Regierung in Finnland

RH Stockholm, im August

Die bürgerliche Minderheitsregierung Finnlands hat sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens eine Reihe schwerer und für das Land kostspieliger Fehlentscheidungen geleistet. Nun muss sie dafür zu Maßnahmen greifen, gegen welche die heutigen Regierungsparteien mit schwerstem Geschütz zu Felde gezogen waren, als die frühere sozialdemokratische Regierung Fagerholm sie anwenden musste: um dem inflationsartigen Preis-auftrieb begegnen zu können, hat sie nämlich ab August einen Preisstop beschlossen, die Zucker- und Kaffeepreise herabgesetzt und den staatlichen Kinderbeitrag erhöht. Wenn diese an sich richtigen Maßnahmen von geringer Wirkung bleiben sollten, so muss sich die Regierung die Schuld selbst zuschreiben, denn sie hatte vorher so ziemlich alles getan, um die Voraussetzungen für eine vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik zu beseitigen.

Als sie die Fagerholmsche Regierung ablöste, malte die Regierung Dr.Kekkonen aus sehr durchsichtigen Propagandabedürfnissen die Lage der Staatsfinanzen derart schwarz, dass die Bevölkerung arg beunruhigt wurde. Nahezu gleichzeitig kündigte sie eine Reihe von Preis- und Steuererhöhungen an. Damit zerstörte sie vollends das an sich geringe Vertrauen in die Finmark. Angstkäufe und allgemeine Preiserhöhungen waren die Folge. Die hartnäckige Weigerung der Arbeitgeber, die Löhne dem geänderten Preisniveau anzugleichen, führte <sup>zu</sup> der Generalstreikdrohung der Gewerkschaften und schliesslich zu dem Fagerholmschen Vergleich. Der Sozialdemokrat Fagerholm, der schon als Ministerpräsident in sehr kritischer Situation Finnland vor der Gleichschaltung durch Moskau gerettet hatte, bewahrte damit das finnische Volk vor einem Generalstreik, welcher bei der exponierten Lage Finnlands unabsehbare Folgen gehabt hätte.

Der Fagerholmsche Vergleich hatte im wesentlichen eine Erhöhung der Löhne um 15 Prozent vorgesehen, um die Preiserhöhungen auszugleichen, ferner die neuerliche Verknüpfung der Löhne mit dem Lebenshaltungsindex, um künftigen Preisauflrieben einen Riegel vorzuschieben.

Der agrarische Regierungschef liess unmittelbar nach diesem Abkommen die Preise einiger Landwirtschaftsprodukte erhöhen. Gleichzeitig zogen die Industriepreise an. Die Errechnung der Lebenshaltungskosten per 31. Juli hätte eine Steigerung um mehr als 5 Prozent gegenüber der letzten Berechnung ergeben, was gemäss Fagerholm-Abkommen automatisch

zu einer Erhöhung der Löhne um ebenfalls 5 Prozent, d.s. um etwa 10 Milliarden Finnmark, geführt hätte. Um diese Lohnerhöhung zu vermeiden, musste die Regierung die eingangs erwähnten Maßnahmen ergreifen, wodurch die Lebenshaltungskosten herabgedrückt werden.

Bezüglich der Durchführbarkeit der Maßnahmen bestehen berechtigte Zweifel, denn die Regierungspolitik hat das Vertrauen in die Kaufkraft der Finnmark arg erschüttert und der Preisüberwachungsapparat ist im ganzen Lande abgebaut worden. Die Erhöhung des staatlichen Kinderbeitrages wird das an sich sehr hohe Staatsdefizit stark vergrößern. Von sozialdemokratischer Seite wird ausserdem geltend gemacht, dass der Preisstop viel zu spät komme und dass eine unnötig weitgehende Preis-erhöhung zwischen 1. Januar und 31. Juli toleriert werde, nämlich um 15 Prozent.

Trotz dieser Einwände dürfte der Regierungsbeschluss zu einer inneren Entspannung führen, denn die finnische Wirtschaft ist an sich gesund und arbeitet auf vollen Touren. Zeitungen der verschiedensten Richtungen geben der Hoffnung Ausdruck, dass eine solche Entspannung die Verbreiterung der Regierungsbasis ermöglichen könnte.

- - -

#### Labours Verdienst

sp. Auf eine eigenartige Weise hat der englische Kommunistenführer Harry Pollitt den dreissigsten Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Englands gefeiert. Er hat in der Moskauer "Prawda" in der üblichen Form einer Selbstanklage die Gründe dargelegt, warum der Kommunismus in England versagt habe. Er schreibt diese Tatsache, die durch das Ergebnis der diesjährigen Wahlen, bei denen selbst die bisherigen zwei kommunistischen Unterhausmitglieder unterlagen, eindeutig unterstrichen worden ist, dem "Irrtum" zu, keine Kampfgemeinschaft mit dem linken Flügel der Labour Party gegen deren rechten Flügel und gegen die Konservativen gebildet zu haben. Diese "Politik der freiwilligen Isolierung" sei fehlgeschlagen. Man müsse nun "über die örtlichen Organisationen der Labour Party und der Gewerkschaften eine Kampffront der englischen Arbeiterklasse zu bilden trachten".

Diese Argumentierung ist so bemitleidenswert töricht, dass man Harry Pollitt gegen ihn selbst in Schutz zu nehmen versucht sein könnte, wüsste man nicht, dass er kein Wort seiner eigenen Schaumschlägerei glaubt, Über die wirklichen Gründe für das Versagen des englischen Kommu-

nismus in den drei Jahrzehnten seines Bestehens schweigt sich der englische Kommunistenführer aus. Er schweigt sich darüber aus, dass die Labour Party für eine Kampfgemeinschaft mit den Kommunisten nicht zu haben war. Er will und darf nicht zugeben, dass die Labour Party nach ihrem Triumph von 1945 durch ihre für englische Verhältnisse fast revolutionäre Sozialgesetzgebung Zug um Zug dem Kommunismus das Wasser abgegraben hat. Gewiss kamen Wesenszüge des englischen Volkscharakters diesem unblutigen Sieg gegen den Kommunismus entgegen, aber sie allein hätten niemals ausgereicht, um die zahlreichen, zum Teil gefährlichen Einbrüche der englischen Kommunisten vor allem an der Gewerkefront letzten Endes doch ins Leere stossen zu lassen. Diese stillen Siege des englischen Sozialismus, die das Gesicht Englands in wenigen Jahren entscheidender verändert haben, als es Jahrzehnte vorher vermochten, sind der wirkliche Grund, warum sich England so erstaunlich immun erwiesen hat gegen die Versuche der Kommunisten, die englische Arbeiterschaft in ihr Lager zu ziehen.

Diese Tatsache ist ein politisches Phänomen, dessen Bedeutung weit über die Insel hinausreicht. Auf dem Festland sind die letzten englischen Wahlen fast als eine Niederlage des englischen Sozialismus empfunden worden. Das ist insofern töricht, als die Zahl der Engländer, die etwa ungeschehen sehen möchten, was Labour in den letzten fünf Jahren geleistet hat, verschwindend gering ist. Die Vorstellung, dass eine konservative Regierung auf innenpolitischem Gebiet einen völlig abweichenden Kurs nehmen könnte, ist so phantastisch, dass kein Engländer sie überhaupt begreift. Es gibt kein sichereres Zeichen dafür, wie stark der englische Sozialismus die innenpolitische Richtung des englischen Weges bestimmt hat, als die Tatsache, dass einer konservativen Regierung nichts anderes zu tun übrig bliebe, als ihn fortzusetzen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollte, sehr bald wieder aus dem Amt verjagt zu werden.

Für die Betätigung der englischen Kommunisten bleibt bei dieser Lage der Dinge nur ein so verschwindend enger Spielraum, dass ihre Wahlarbeit nicht gedeihen kann. Die Kritiker der Labour Party vergessen oder verschweigen, dass nur der englische Sozialismus die Insel vor einer gefährlichen englischen Fünften Kolonne bewahrt hat. Es ist Labours Verdienst, wenn die westliche Welt nicht mit der gleichen Sorge nach England blicken muss, wie nach Italien und Frankreich. f.

Berlin beobachtet

F.T. Kühl und ruhig beobachtet die Berliner Bevölkerung den Verlauf der Kämpfe in Korea und alle internationalen Vorgänge; nicht zuletzt die Tagung des Europarates. Churchills Rede in Straßburg wird lebhaft kommentiert. Dieser als politische Handlegen, wie er kürzlich in einer Versammlung von einem Diskussionsredner bezeichnet wurde, scheint noch bei allen, ohne Unterschied der Parteischattierung, einen Stein im Brett zu haben. Nicht zuletzt ein Symptom für die Gedanken, mit denen sich die Berliner gegenwärtig beschäftigen.

Genau so kühl und überlegen, wie sie die Entbehrungen getragen haben, die die Blockade für alle im Gefolge hatte und wie sie den Anforderungen Rechnung tragen, die der Kalte Krieg noch immer an jeden stellen, denken die Berliner über die Maßnahmen nach, die die koreanische Aggression und die seither sichtbar zunehmende Verschärfung der internationalen Situation, in Europa gebieterisch erheischen. Von einer panikartigen Stimmung oder einer Angst vor kommenden Ereignissen ist nirgendwo etwas zu merken. Es kann aber kaum noch eine Versammlung zu Ende geführt werden, ohne daß die Frage gestellt wird, welche Rückwirkungen die koreanischen Ereignisse doch noch auf Europa haben könnten und was geschehen müsste, um den Sowjetrussen Aggressionen für immer zu vermeiden. Ähnliches ist bei Privatgesprächen zu bemerken. Man hat aber den Eindruck, als ob die Berliner in den ersten Monaten nach der Kapitulation und zur Zeit der Blockade besorgter waren als jetzt.

Natürlich spielen bei allen Erwägungen die Vorgänge in der sowjetischen Besatzungszone und im Ostblock eine entscheidende Rolle. Das Bestehen der Volkspolizei und ihre mit fieberhafter Eile betriebene Aufrüstung und Ausbildung werden genauso wenig übersehen, wie man gegenüber der SED-Propaganda eine gewisse Hellhörigkeit an den Tag legt. Über den eigentlichen Zweck der Volkspolizei hatten die Berliner noch nie irgend welche Zweifel. Als die SED-Führer ganz offen von der "Befreiung Westberlins und Westdeutschlands" sprachen, hatten sie selber den Schleier über den Absichten gelüftet, die sie mit dieser Bürgerkriegsarmee verfolgen.

Die Lüge, amerikanische Flugzeuge hätten bei Oranienbaum Brandbomben abgeworfen, ähnelt schon allzusehr der Propagandatechnik der Nazis, die immer dann Anwendung fand, wenn Hitler eine seiner Wochenend-Überraschungen im Schilde führte. Die Frage über die eigentlichen Absichten, der diese Lüge entsprang, wird deshalb häufig gestellt. Will man damit in der Ostzone nur die Stimmung schaffen, die den Exe-

Autoren der totalen Gewalt auch heute in solchen Fällen noch notwendig erscheint, um eine Begründung für die Unterbringung des Flugverkehrs der Westmächte nach Berlin zu finden, oder will man damit noch schlimmere Maßnahmen verantworten?

Aus all diesen Gründen erwarten die Berliner Maßnahmen, die ihnen die Gewißheit verschaffen, dass sie tatsächlich allen kommenden Dingen ruhig und kaltblütig entgegensehen können. Versprechungen von alliierter Seite, im Falle der Not werde Unterstützung zur Hand sein, werden zwar mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Es wäre ihnen aber lieber, zu wissen, wo sich diese "Hilfe" jetzt befindet und dass sie in allernächster Zukunft in greifbarer Nähe sein werde.

- - -

Der Bundesvorstand des DGB macht ernst

Obgleich die Bundesregierung und die einzelnen Kabinettschefs in den letzten Wochen wiederholt erklärten, dass sie ernsthafte Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Preissteigerungen ergreifen wollten, ist bisher nichts geschehen. Die Bundesregierung hat im Gegenteil die Bekämpfung der Preistreiberei allein den Ländern zugeschoben, ohne ihnen zugleich gesetzliche Handhaben zu geben. Sie hat ausserdem die Gewerkschaften allein zur "Vernunft" aufgefordert und Gegenmaßnahmen der Verbraucher und der Gewerkschaften zum Ausgleich des Preisauftriebs als für die Wirtschaftsentwicklung untragbar bezeichnet. Die Gewerkschaften sind nicht mehr gewillt, sich diese Verschiebung der Verantwortung und den weiteren Preisanstieg gefallen zu lassen.

Die morgige Sitzung des Bundesvorstandes des DGB wird nunmehr ernsthafte Großaktionen zu erwägen haben, die die Bundesregierung zur Einhaltung ihrer Versprechen zwingt. Der Bundesausschuss setzt sich vorwiegend aus den Vorsitzenden der dem DGB angeschlossenen Einzelgewerkschaften zusammen, die heute zu einer Sonderbesprechung zum US-Hochkommissar McCloy geladen sind.

- - -